

An den
Umweltdachverband
Alserstraße 21
1080 Wien

**Antrag
an die
ordentliche Vollversammlung
des Umweltdachverbandes
am 29. November 2007**

Betreffend:

„Flussbauliches Gesamtprojekt“ der Via Donau

Notwendigkeit und Nutzen des „Flussbaulichen Gesamtprojekts“ sind nicht einsichtig. Das zugrunde liegende Industrialisierungskonzept („Verruhrgebietisierung“) ist nicht zeitgemäß. Die vorgesehene Veränderung der Schifffahrtsrinne bringt unter anderem durch Erhöhung der Fließgeschwindigkeit für viele Transporte auch Nachteile und Mehraufwand an Zeit und Energie. Die Transportkapazität ist derzeit nur zu rund 10 bis 15 % ausgelastet. Die begrenzenden Faktoren für die Schifffahrt sind offenbar andere.

Das Projekt wurde im April 2006 zur Umweltverträglichkeitsprüfung eingereicht. Seither laufen Verbesserungs- und Ergänzungsarbeiten. Die öffentliche Auflage scheint etwa zur Jahreswende bevor zu stehen.

Schon davor wurde ein „Naturversuch“ eingereicht. Dieses Projekt wurde so bemessen, dass es gerade nicht UVP-pflichtig zu sein scheint. Der technische Bericht lässt allerdings einen besonders brutalen Eingriff erwarten. Er sieht Fahrwassertiefen bis zu 36 dm (!) vor, um sie nachträglich mit Grobkorn zu belegen und dann immer noch Abschnittsweise eine Fahrwassertiefe von 33 dm herzustellen. Die im Leitungsausschuss definierte „adaptive Vorgangsweise“, also das schrittweise dimensionieren von Maßnahmen anhand von Erfahrungen und Praxisbeobachtungen vorangehender Projektschritte – unterbleibt hier zur Gänze. Die ökologischen Begleitmaßnahmen sind absolut unzureichend.

Das Forum Österreichischer Wissenschaftler für den Umweltschutz stellt daher den

Antrag:

Der Umweltdachverband wird aufgefordert, alle nur erdenklichen zweckmäßigen Schritte zu unternehmen, um

- den „Naturversuch“ in der aktuellen (bereits genehmigten!) Form hintanzuhalten.
- Das „Flussbauliche Gesamtprojekt“ entscheidend modifizieren zu lassen. Zielsetzung muss es dabei sein
 - die Eingriffe zu minimieren
 - die ökologischen Auswirkungen zu optimieren
 - eine ökologisch verträgliche Bauweise sicher zu stellen
 - negative Beispielswirkungen für die gesamte Donau von Bayern bis Rumänien durch einen Präzedenzfall im Nationalpark Donauauen hintanzuhalten.